

Hauptausschuß

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

31. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Hezel

Verhandlungspunkte und Beschlüsse:

Seiten

In einer von der Fraktion DIE GRÜNEN nach Sitzungsbeginn beantragten

Aktuellen Viertelstunde

über den Stand der neuen Flüchtlingspolitik des Landes NRW

2 - 5

stellt Minister für besondere Aufgaben Clement (Staatskanzlei) insbesondere des Reintegrationsprojekt für die aus Mazedonien/Jugoslawien stammenden, am "Bettelmarsch" beteiligten Roma dar, die bis zum Stichtag die Teilnahme an dem Vorhaben nicht ausdrücklich ausgeschlossen haben.

Des weiteren schildert der Chef der Staatskanzlei die umfassenden Bemühungen im Rahmen der neuen Flüchtlingspolitik unter Mitwirkung des Bundes.

Nach seinen Darlegungen beantwortet der Minister Einzelfragen von Ausschußmitgliedern.

**1 Rahmen-Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen
und Brandenburg**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/810

Vorlagen 11/175, 11/233 und 11/328

in Verbindung mit:

2 Hilfsfonds deutscher Länder

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/980

5 - 14

Insbesondere zu Punkt 1 der Tagesordnung nimmt der Hauptausschuß einen umfangreichen Bericht des Ministers für besondere Aufgaben Clement entgegen, der sich auf den schriftlichen Bericht Vorlage 11/328 stützt und auf die Aktivitäten des Landes NRW gegenüber den neuen Ländern - vor allem Brandenburg - verweist.

In der ausführlichen Debatte bringen die Vertreter der Oppositionsfraktionen ihren Wunsch zum Ausdruck, an den Vereinbarungen bzw. Abkommen mit Brandenburg das Parlament stärker als bisher zu beteiligen, z. B. durch Abschluß von Staatsverträgen.

Die beiden Tagesordnungspunkte sollen vom Ausschuß demnächst gegebenenfalls noch einmal aufgegriffen werden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

14

In einem weiteren Beratungsdurchgang behandelt der Hauptausschuß die in seine Zuständigkeit fallenden Einzelpläne 01, 02 und 09.

a) Einzelplan 01 - Landtag

Vorlagen 11/204, 11/293 und 11/327

15 - 23

Bei der Durchberatung befaßt sich der Hauptausschuß vor allem mit Tit. 541 40: Für besondere Veranstaltungen des Landes.

Nach eingehender Diskussion über das im Rahmen dieses Titels zu finanzierende Europa-Forum (siehe Anlage 2 zu diesem Protokoll) beschließt der Hauptausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., das Forum am 26. bis 28. Juni 1991 im Landtag stattfinden zu lassen. Die Kostenhöhe wird auf maximal 500 000 DM begrenzt. Der Ausschuß ermächtigt die Landtagsverwaltung, umgehend die Aufträge zur Durchführung der Simultanübersetzung für das Forum zu erteilen. Es soll nach Wegen gesucht werden, das Vorhaben möglichst kostengünstig durchzuführen.

Die Beschlußfassung über Einzelplan 01 bleibt der nächsten Sitzung vorbehalten.

Seiten

b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlagen 11/238 und 11/324

23 - 32

Fragen von Hauptausschußmitgliedern zu mehreren Positionen des Haushalts der Staatskanzlei sowie zu Kap. 02 050 werden von Minister Clement und dem Leiter der Landeszentrale beantwortet.

Im wesentlichen beschäftigt sich der Ausschuß mit einer etwaigen Gewinnung des zur Zeit an der englischen Universität Manchester angesiedelten Europäischen Medieninstituts für einen Umzug nach Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen des Kap. 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung - spricht sich der Hauptausschuß grundsätzlich für eine Ausweitung der Landeskinderklausel auf Brandenburg aus, für die Minister Clement eine entsprechende Änderung des § 10 des Haushaltsgesetzes 1991 anregt.

Der Minister beantwortet auch Fragen zu anderen Positionen des Einzelplans 02, über den gleichfalls in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses nach der Beantragung von Änderungen entschieden werden soll.

c) Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten
Vorlage 11/255

32 - 33

Zu diesem Haushalt nimmt der Ausschuß kurze Erläuterungen von Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski entgegen.

Die Beschlußfassung auch über diesen Einzelplan ist für die nächste Sitzung in Aussicht genommen.

Hauptausschuß

31.01.1991

9. Sitzung

Seiten

4 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/965

33

Über den Gesetzentwurf will der Hauptausschuß nach Abschluß der Verhandlungen im mitberatenden Ausschuß für Innere Verwaltung befinden.

5 Gesetz über Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU,

der Fraktion der F.D.P. und

der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/872 (Neudruck)

33 - 34

Vor der Beratung des Gesetzentwurfs will der Hauptausschuß den Spruch des Verfassungsgerichtshofs in Münster abwarten.

Die Landtagsverwaltung wird gebeten, Informationen über die Situation der Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten in anderen Bundesländern sowie beim Bund zu sammeln.

6 Bericht der Kommission "Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland - auch in einem vereinten Europa"

Teil Eins - Vorlage 10/2722

Teil Zwei - Vorlage 11/182

34

Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses im Beisein der Abgeordneten des Hauptausschusses im Landtag Brandenburg erörtert.

Seite

7 Vertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Freistaat Bayern, Berlin, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und der französischen Republik zum Europäischen Fernsehkanal

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/966

34

Der Ausschuß wird auch diesen Tagesordnungspunkt in seiner kommenden Sitzung behandeln.

Nächste Sitzung: 28.02.1991, Vor- und Nachmittag
mit dem Hauptausschuß des Landtags
Brandenburg
(siehe Seite 1 dieses Protokolls)

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

aller Parteien sollten sich mit den finanzpolitischen Sprechern am 22. Februar 1991 mit dem Finanzminister treffen, um darüber zu diskutieren, wie man den Haushalt auf eine neue Grundlage stellen könne.

Den vorliegenden Punkt sollte der Ausschuß je nach Lage der Dinge im Februar oder März wieder aufnehmen, regt der **Vorsitzende** an. Gegebenenfalls könnten die Themen dann für erledigt erklärt werden.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800
Einzelpläne 01, 02 und 09

Der **Vorsitzende** erinnert daran, daß der Hauptausschuß für die heutige Sitzung einen erneuten Beratungsdurchgang durch die drei Haushalte, für die er zuständig sei, vereinbart habe. Die von Landtag und Landesregierung dazu angeforderten Informationen lägen vollständig vor.

a) Einzelplan 01 - Landtag
Vorlagen 11/204, 11/293 und 11/327

Zum **Personalhaushalt** wünscht **Abgeordneter Wendzinski (SPD)** zu erfahren, ob der Wunsch des Petitionsausschusses, eine Stellenvermehrung im **Petitionsreferat** durchzuführen, von der Verwaltung geteilt werde.

Die Landtagsverwaltung habe die Angelegenheit bereits im Vorfeld überprüft, erklärt dazu **Direktor beim Landtag Große-Sender**; sie sei zu der Auffassung gelangt, daß eine solche Stellenvermehrung gegenwärtig nicht notwendig sei. Zwar habe es z. B. im Bereich der Asylverfahren eine Zunahme der Zahl der Petitionen gegeben. Dem stehe jedoch eine Reduzierung in anderen Bereichen gegenüber. Deshalb lasse sich die Problematik durch eine personelle Umschichtung innerhalb des Referats lösen.

Zu diesem Thema liege ein Schreiben des Ausschußvorsitzenden und seines Stellvertreters vor, teilt **Abgeordneter Wendzinski (SPD)** mit. Danach sei dieses Problem bereits seit mehreren Jahren dringlich. Der Petitionsausschuß benötige eine zusätzliche Stelle zur Bewältigung der anfallenden Arbeit. - Diese Mehrstelle werde wegen Freistellung eines Mitarbeiters im Petitionsbüro für die Personalratstätigkeit verlangt, erläutert **Direktor Große-Sender**. Die Umverteilung solle, wie der Redner auf eine Frage des **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** wiederholt, innerhalb des Petitionsreferats erfolgen.

Abgeordneter Kern (SPD) erkundigt sich, ob diese Aussage mit dem Ausschußvorsitzenden und dem Referatsleiter abgestimmt sei. - Hierauf erwidert **Direktor Große-Sender**, mit dem Leiter des Referats habe es Gespräche im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans gegeben. Mit dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses und seinem Vertreter habe über das Problem bisher noch nicht gesprochen werden können. Der Abteilungsleiter I unterstütze die Forderung nach einer zusätzlichen Stelle nicht.

Abgeordneter Wendzinski (SPD) kündigt an, über den vorliegenden Antrag werde in der Abstimmungssitzung zu befinden sein, wenn sich keine interne Lösung des seit

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

vier Jahren anstehenden Problems abzeichne. - **Direktor Große-Sender** merkt an, er könne eine zusätzliche Stelle nicht befürworten, würde einer Bewilligung jedoch nicht widersprechen.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU) tritt dafür ein, den Ausschußvorsitzenden und seinen Vertreter zu dem Problem zu hören, wie dies auch in vergleichbaren Fällen geschehen sei. Die Entscheidung sollte zunächst zurückgestellt werden.

Zu **Tit. 422 79** (Vorlage 11/293 S. 6) weist **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** darauf hin, daß 5 Stellen im Einzelplan 01 "für Hilfen im Gebiet der ehemaligen DDR" ausgewiesen würden. Hierzu erwarte er nähere Erläuterungen. - Die Stellen seien für Abordnungen von Beamten bzw. Angestellten an das Land Brandenburg oder an andere Länder der ehemaligen DDR bestimmt, trägt **Direktor Große-Sender** vor. Auch die Landtagsverwaltung habe auf diesem Gebiet schon Hilfestellung geleistet. Über die Abordnungen hinaus, die aus der Position bezahlt würden, führe der Landtag auch Schulungen von Mitarbeitern des brandenburgischen Parlaments durch.

Auf Zusatzfragen des **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** legt **Direktor Große-Sender** dar, kw-Vermerke für die betreffenden Stellen seien ausgewiesen. Dabei handle es sich um eine Stelle der Gruppe A 16, eine der Gruppe A 15, zwei Stellen der Gruppe A 14 und eine der Gruppe A 13. In den neuen Bundesländern würden vor allem Bedienstete mit einer qualifizierten juristischen Ausbildung benötigt, weil solche Kräfte dort kaum vorhanden seien. Die Mehrstellen sollten den durch Abordnungen entstehenden Fehlbedarf im Landtag ausgleichen. Hierfür gelte das gleiche wie für die in der Landesverwaltung eingerichteten insgesamt 900 Stellen. - Keine weiteren Anmerkungen.

Die Frage des **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** zum Sachhaushalt, ob der bei **Tit. 513 10** - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühr - veranschlagte Betrag ausschließlich für den Landtag benötigt werde, wird von **Direktor Große-Sender** bejaht. Eingeschlossen seien allerdings auch solche Aufwendungen für die übrigen Liegenschaften des Landtags wie für das Gästehaus an der Wasserstraße.

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Zu Tit. 534 10 - Kosten für die Förderung des Aufbaus des Parlamentarismus in den Ländern der ehemaligen DDR - erinnert der **Vorsitzende** daran, daß über den von der Präsidentin in der letzten Ausschußsitzung beantragten Titelanatz von 688 000 DM hinaus bei den Fraktionen weiterer Bedarf entstanden sei. Der beantragte Ansatz diene lediglich der Abdeckung eines übertragenen Restes.

Während **Direktor Große-Sender** darauf hinweist, daß von dem Ansatz bisher lediglich 20 000 DM abgeflossen seien, betont **Abgeordneter Wendzinski (SPD)**, inzwischen seien neue Rechnungen angefallen, und die zur Verfügung stehenden Mittel reichten nicht mehr aus.

Hierzu kündigt **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** an, seine Fraktion werde eine Aufstockung des Haushaltsansatzes um 200 000 DM auf 888 900 DM beantragen. - Einer solchen Erhöhung stimmen, wie der **Vorsitzende** feststellt, die übrigen Fraktionen einvernehmlich zu.

Tit. 541 40: Für besondere Veranstaltungen des Landes

Abgeordneter Giltjes (CDU) geht auf die von der Landtagsverwaltung in der letzten Sitzung erbetene Vorlage zu dieser Position über die Rahmenkonzeption für das **Europa-Forum des Landtags NW** ein, die diesem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt ist. - Seine Fraktion habe sich im Unterausschuß im Prinzip für die Durchführung einer solchen Veranstaltung ausgesprochen, allerdings eine Kostenreduzierung angeregt. Möglicherweise werde die Position beim Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit dem Finanzminister am 22. Februar 1991 noch zur Disposition gestellt. Für das im Grunde vertretbare Anliegen sollte ein geringerer Ansatz ausreichen.

Der in der Tischvorlage enthaltene Entwurf für das Programm des Europa-Forums entspreche den Beratungen des Unterausschusses, versichert **Direktor Große-Sender**. Gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung von 1 Million, die je zur Hälfte vom Landtag und der Landesregierung habe aufgebracht werden sollen, sei nunmehr mit 500 000 DM ein erheblich niedrigerer Ansatz vorgesehen. Das Programm entbehre jeder Feierlichkeit und werde den Einsparungswünschen gerecht. Die meisten

Hauptausschuß

31.01.1991

9. Sitzung

hz-mm

Kostenpositionen seien zwangsläufig, z. B. die Aufwendungen für die Simultanübersetzung. Weitere Reduzierungen wären kaum denkbar. - Der Landtagsdirektor bittet sodann darum, den der Tischvorlage beigefügten Terminplan zu beachten. Die Veranstaltung müsse noch vor der Sommerpause stattfinden. Der vorgelegte Terminvorschlag - 26. bis 28.06.1991 - sei noch qualifiziert zu realisieren; allerdings müsse die Entscheidung darüber heute getroffen werden, um die erforderlichen Verträge rechtzeitig abschließen zu können. Zu der von der Landtagsverwaltung hierzu gebildeten Arbeitsgruppe sollte jede Fraktion einen Obmann entsenden. Das Angebot des Chefs der Staatskanzlei, an den Vorbereitungen mitzuwirken, werde gern angenommen.

Als wesentlichen Kostenblock bezeichnet **Abgeordneter Büssow (SPD)** die Simultanübersetzung. Darüber, ob für "Unvorhergesehenes" 100 000 DM vorgesehen werden müßten, könne man sich noch unterhalten. - Erhebliche Aufwendungen verursachten auch die erforderlichen Einladungen zu den Mahlzeiten. Weitere Kostenreduzierungen verurteilten die Veranstaltung zur Wirkungslosigkeit. Der Grundsatzbeschuß sei jedenfalls heute zu fassen, solle die Absicht einer Stärkung der Regionen der Öffentlichkeit wirksam nähergebracht werden. Die SPD-Fraktion erhebe die Tischvorlage der Verwaltung zum Antrag.

Auch der **Vorsitzende** glaubt, der Hauptausschuß müsse über das Europa-Forum heute eine verbindliche Aussage treffen. Der vorgelegte Kostenanschlag sollte als Maximalrahmen angesehen, die Position für "Unvorhergesehenes" noch einmal überprüft werden.

Da nach Ankündigung des Finanzministers eine Milliarde DM beim Etat 1991 einzusparen sei, müssen, wie **Abgeordneter Dr. Linssen (CDU)** hervorhebt, Prioritäten gesetzt werden. Das von der CDU im Grundsatz begrüßte Europa-Forum könne nicht jetzt, sondern müsse später durchgeführt werden.

Diese Meinung vermag **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** nicht zu teilen. Der Hinweis auf Einsparungsnotwendigkeiten lasse sich politisch beliebig einsetzen; in diesem Fall wäre er nicht am Platze. Das Forum müsse in angemessenem Rahmen durchgeführt werden, wenn die erwartete Außenwirkung erzielt werden solle.

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Trotzdem seien Einsparungen durchaus denkbar. Manche Ansätze seien wohl zu hoch gegriffen. Das Programm der Veranstaltung bedürfe gegebenenfalls der Ausweitung. Aus symbolischen Gründen könnte der Betrag für Unvorhergesehenes auf 50 000 DM verringert und damit halbiert werden.

Demgegenüber würde der **Vorsitzende** vorschlagen, den Betrag zu sperren. Ende Februar 1991 könne darüber entschieden werden, ob und in welchem Umfang der Ansatz von 100 000 DM für Unvorhergesehenes überhaupt benötigt werde.

Nach Auffassung des **Abgeordneten Dr. Rohde (F.D.P.)** sollte bei dem Treffen der Fraktionsvorsitzenden und der finanzpolitischen Sprecher mit dem Finanzminister am 22. Februar jede Etatposition für eine Einsparung in Betracht kommen können. In die einer möglichen Streichung unterliegende Masse gehöre auch der erörterte Haushaltstitel; heute könne ihm deshalb nicht zugestimmt werden.

Abgeordneter Giltjes (CDU) glaubt, werde das Europa-Forum als in der Sache richtig anerkannt, sollte es auch durchgeführt, möglicherweise jedoch "abgespeckt" werden. Die Entscheidung im einzelnen müsse sich der Ausschuß vorbehalten.

Wie **Abgeordnete Hieronymi (CDU)** hervorhebt, müssen bei der gegenwärtig ungünstigen Finanzlage des Landes sämtliche Haushaltspositionen auf den Prüfstand, wenn die Einsparungsabsicht des Finanzministers ernstgenommen werden solle. Vor den Beratungen über die Grundlinien der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik könne der Vorlage nicht zugestimmt werden.

In der heutigen Sitzung gehe es lediglich darum, meint der **Vorsitzende**, der Verwaltung zu ermöglichen, das Europa-Forum sinnvoll zu planen.

Die Landtagsverwaltung habe durchaus versucht, weitere Einsparungen bei der Veranstaltung zu erreichen, versichert **Direktor Große-Sender**. Leider habe sich das nicht realisieren lassen. Der Ansatz von 100 000 DM für Unvorhergesehenes sei notwendig, um etwaige Schwierigkeiten beim erstmaligen Einsatz des Landtagsgebäu-

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

des als Kongreßzentrum finanziell abzudecken und um möglichen finanziell relevanten Gestaltungswünschen von Parlamentariern noch Rechnung tragen zu können. Das gelte etwa für die Einladung von Gästen aus Osteuropa, die kaum in der Lage sein dürften, entstehende Kosten selbst zu tragen. - Der Direktor wiederholt seine Anregung, jede Fraktion solle einen Obmann benennen, um auf diese Weise Einfluß auf die Kosten zu nehmen. Der Posten "Unvorhergesehenes" sei notwendig, weil Beschlüsse des Landtags, die eine genauere Kalkulation erlaubten, bisher nicht vorlägen. Andernfalls müßten notwendige Mehraufwendungen überplanmäßig gedeckt werden.

Die Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden mit dem Finanzminister könne auf keinen Fall die Haushaltsberatungen präjudizieren, erklärt **Abgeordneter Büssow (SPD)**. Vorher gehe es allenfalls um Prioritäten. Da das Thema des Forums die Zukunft des nordrhein-westfälischen Landtags und sämtlicher Länderparlamente mitbestimme, sei die Veranstaltung nicht disponibel. Die Gespräche zur politischen Union auf Bundes- und Europaebene seien zur Zeit im Gange. Das Europa-Forum müsse vor der Sommerpause stattfinden, wenn die Stimmen Nordrhein-Westfalens und der europäischen Regionen von den Verantwortlichen in den Regierungsdelegationen überhaupt noch vernommen werden sollten; andernfalls lasse sich dafür keine Lobby mehr gewinnen. Der Länderparlamentarismus müsse sich seiner Existenzhaltung wegen jetzt zu Wort melden. Das Geld dafür sei gut angelegt. Eine Halbierung des Ansatzes für Unvorhergesehenes wäre ein Signal. Auch eine Sperrung des Titelansatzes ließe sich vertreten. Des weiteren solle, falls erforderlich, auf Gäste aus Osteuropa verzichtet werden. Die Grundsatzentscheidung freilich müsse heute getroffen werden, um keinen Planungsstillstand eintreten zu lassen.

Offenbar nähmen die Vertreter der CDU das Thema nicht sonderlich ernst, glaubt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**. Während sich Dr. Linssen gegen und Abgeordneter Giltjes für die Veranstaltung aussprächen, bewege sich die Stellungnahme von Frau Hieronymi etwa in der Mitte. - Der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN beantragt, der Hauptausschuß möge die Durchführung des Forums am 26. bis 28. Juni 1991 beschließen und die Verwaltung ermächtigen, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und ein Dolmetscherteam mit der Durchführung der Simultanübersetzung zu beauftragen. Über Einzelheiten könne später entschieden werden.

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Demgegenüber ist **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** angesichts der Vereinbarung mit dem Finanzminister, alle in Betracht kommenden Positionen vorbehaltlos auf Einsparungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, davon überzeugt, daß vor dem 22. Februar 1991 keine Entscheidung über das Europa-Forum getroffen werden kann. Immerhin sei **Abgeordneter Trinius** im Auftrag seiner Fraktion damit befaßt, Vorschläge für die Einsparung von 750 Millionen DM im Haushalt 1991 zu machen. Möglicherweise stehe die erörterte Position bereits auf seiner Einsparungsliste.

Seine Fraktion wolle das Europa-Forum keineswegs boykottieren, versichert **Abgeordneter Hegemann (CDU)**. Immerhin besitze die Veranstaltung aber viel von einer Demonstration und wenig von einer Konferenz; die zu verabschiedende Düsseldorfer Erklärung werde vorher im Wortlaut festgelegt. Es frage sich, ob das Forum in Anbetracht der schlechten Haushaltssituation jetzt überhaupt durchgeführt werden könne. Unseriös wäre es, heute über die Veranstaltung zu beschließen und über den Etat erst später zu reden.

Fraktionsvorsitzende und Finanzminister könnten über Sparnotwendigkeiten im Haushalt sprechen, meint **Abgeordneter Pflug (SPD)**; die Haushaltsberatungen der Ausschüsse vermöchten sie nicht zu ersetzen. Zum Europa-Forum wäre zu fragen, ob der Finanzaufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den Arbeitsergebnissen stehe; die Voraussetzungen dafür schienen gegeben. Der Ausschuß sollte aufhören, über den Ansatz so "kleinkariert" wie bisher zu streiten.

Die finanzpolitische Entwicklung ist für den **Abgeordneten Dr. Klose (CDU)** Veranlassung zu dem Vorschlag, mit der Entscheidung über das Forum noch bis zum 22. Februar zu warten, auch wenn der Landtagsverwaltung verständlicherweise wegen der Notwendigkeit der Vorbereitung an einem raschen Votum gelegen sei.

Fiele die Entscheidung erst in drei Wochen, könne er für die Durchführung des Forums nicht mehr garantieren, erklärt **Direktor Große-Sender**. In die Beschlußfassung sollte auch die Entsendung von Vertretern der Fraktionen in die mit der Vorbereitung des Forums befaßte Arbeitsgruppe einbezogen werden. Dies würde es erleichtern, rasch etwa über die Einladung von Teilnehmern zu befinden.

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Während der **Vorsitzende** darauf hinweist, **SPD** und **GRÜNE** hätten beantragt, eine Grundsatzentscheidung über das Forum zu treffen, stellt die **Abgeordnete Hieronymi (CDU)** den Antrag, die **Beschlußfassung** heute zu vertagen.

Hierauf entgegnet **Abgeordneter Büssow (SPD)**, mit einem Vertagungsantrag ließe die **CDU** das Europa-Forum sterben. Nach Aussagen der Landtagsverwaltung müsse die Grundsatzentscheidung heute fallen, um die Vorbereitungen noch zeitgerecht durchführen zu können.

Der **Vorsitzende** bemerkt, er habe gehofft, daß jetzt das Grundsatzvotum abgegeben werden könnte, ohne den Finanzrahmen der Veranstaltung bereits abschließend festzulegen. Unter dieser Voraussetzung könnten die Vorbereitungen fortgeführt werden. - **Direktor Große-Sender** bittet zu bedenken, daß der Auftrag an die Dolmetscher unverzüglich vergeben werden müsse. - Dazu äußert **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**, es entspreche seinem Antrag, neben der generellen Entscheidung die Ermächtigung an die Verwaltung zu beschließen, Dolmetscher mit der Simultanübersetzung zu betrauen; der Gesamtkostenrahmen könne in der Februarsitzung bestimmt werden.

Den **CDU-Antrag auf Vertagung** der Entscheidung lehnt der **Hauptausschuß** mit den Stimmen der **SPD** und der **GRÜNEN ab**.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** beschließt der **Ausschuß** mit den Stimmen von **SPD** und **GRÜNEN** gegen die Vertreter von **CDU** und **F.D.P.**, daß das Europa-Forum am 26. bis 28. Juni 1991 stattfindet. Die Höhe der Kosten wird auf maximal 500 000 DM begrenzt. Der **Ausschuß** ermächtigt die Verwaltung, umgehend die Aufträge zur Durchführung der Simultanübersetzung zu erteilen. Es solle nach Wegen gesucht werden, das Vorhaben möglichst kostengünstig durchzuführen.

Zu der Ankündigung des **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)**, in **Tit. 684 40** des Landtagsetats - Zuschuß für die Forschungsarbeiten der ... Stiftungen - sollte auch die Stiftung seiner Partei aufgenommen werden, äußert **Direktor Große-Sender**, dies müsse in Einzelplan 02 - Kap. 02 050 **Tit. 684 10** - geschehen. -

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Zu Tit. 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen - weist **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** auf den in Vorlage 11/327 auf Seite 5 hierzu vorgeschlagenen Haushaltsvermerk hin, wonach die den Abgeordneten zur Verfügung gestellte PC-Hard und -Software "statt im Landtagsgebäude auch im Wahlkreis genutzt werden" könne. In den hierzu erlassenen Richtlinien sei diese Regelung nicht enthalten. Darin liege ein Widerspruch. - **Direktor Große-Sender** antwortet: Es treffe zu, daß die Richtlinien dieser eben zitierten Formulierungshilfe angepaßt werden müßten. Bei Ergänzung des Tit. 812 00 werde das Präsidium umgehend eine solche Änderungsentscheidung treffen.

Hiermit ist die zweite Durchberatung des Einzelplans 01 abgeschlossen.

b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlagen 11/238 und 11/324

Zum **Personalhaushalt** des **Kap. 02 010** erklärt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**, seine Fraktion halte die in der Staatskanzlei vorgenommene Stellenausweitung für überzogen; sie werde die Rücknahme der Stellenvermehrung beantragen. - Der **Ausschuß** nimmt die Ankündigung zur Kenntnis.

Sachhaushalt

Zu Tit. 531 10 - Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung - erkundigt sich **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**, ob bei Auslandsreisen des Ministerpräsidenten die Reisekosten für ihn begleitende Journalisten aus Haushaltsmitteln übernommen würden. - Teilweise geschehe das, bestätigt **Minister Clement**. Ohne eine solche Kostentragung wäre es nämlich nur Vertretern einzelner Verlage möglich mitzufahren. Es gelte jedoch, die Begleitung generell allen Journalisten zu ermöglichen; das werde durch die Kostenübernahme - in der Regel handle es sich lediglich um die Flugkosten - gewährleistet.

**Stärkung des kooperativen Föderalismus
durch eine Zusammenarbeit
der Landtage
von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen**

Die Deutsche Einheit ist Chance und Herausforderung für den Föderalismus . Die großen Probleme in den neuen Ländern können nur von Bund und Ländern gemeinsam bewältigt werden. Die Handlungsfähigkeit der Länder muß dafür bewahrt und verstärkt, neue Formen des kooperativen Föderalismus müssen auf parlamentarischer und administrativer Ebene entwickelt werden.

Die zwischen den Regierungen der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen mit dem Regierungsabkommen über umfassende Zusammenarbeit vom 27. November 1990 begründete Partnerschaft weist den richtigen Weg. Die Landtage beider Länder tragen diese Partnerschaft mit und werden sie im Geiste des kooperativen Föderalismus durch ihre Zusammenarbeit mit weiterem Leben erfüllen.

Ziel der parlamentarischen Kooperation ist vor allem:

- die fördernde parlamentarische Begleitung der Abkommen und Verträge zwischen den Regierungen beider Länder,
- der Erfahrungsaustausch bei der Gesetzgebung und der sonstigen Parlamentsarbeit,
- die Entwicklung von beiderseitigen Initiativen zur Festigung und Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit,
- die Nutzung von Erfahrungen beim Aufbau eines neuen Landes für die Überprüfung bestehender Strukturen in Nordrhein-Westfalen.

Vorlage

für die Sitzung des Hauptausschusses am 31.01.1991

Zu TOP 3:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

hier: Einseplan 01 - Landtag

Rahmenkonzeption für das Europa-Forum des Landtags Nordrhein-Westfalen

In der Sitzung des Hauptausschusses am 17.01.1991 ist gebeten worden, daß der Hauptausschuß über die Planungen im Hinblick auf das Europa-Forum umfassend unterrichtet und in die Beschlussfassung dazu einbezogen werden müsse.

Deshalb wird im folgenden der Entwurf einer Rahmenkonzeption für das Europa-Forum des Landtags Nordrhein-Westfalen in überarbeiteter Form dargestellt.

1. Motto

Europa: Vielfalt der Regionen in der Einheit bewahren

2. Ziele

- Verabschiedung einer "Düsseldorfer Erklärung"
- Verstärkung interregionaler Kontakte

3. Veranstaltungsort

Landtagsgebäude (Das Kongreßzentrum bzw. das Karl-Arnold-Haus kommen als Tagungsort nicht in Betracht, das Karl-Arnold-Haus wegen fehlender Kapazität in bezug auf die Arbeitskreise - ein Plenum für etwa 400 Personen und Simultan-Technik sind vorhanden, das Kongreßzentrum Düsseldorf, weil es zur fraglichen Zeit nicht zur Verfügung steht.)

4. Termin

26. bis 28. Juni 1991 (vgl. Terminplan)

(Sitzungswoche des Landtags, aber kein Plenum; keine Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments, keine Messe in Düsseldorf)

Hinweis: Wegen technischer Vor- und Nachbereitung wird das Landtagsgebäude vor und nach dem Termin für andere parlamentarische Aktivitäten für mehrere Tage nicht zur Verfügung stehen.

5. Teilnehmer

- Möglichst hochrangige parlamentarische Vertreter der Regionen in der EG (VRE-Gliederung)
- Landtagsabgeordnete
- Bundestagsabgeordnete
- Europaabgeordnete
- Vertreter der Landesregierung
- Vertreter der Bundesregierung
- Vertreter der Kommission
- Wissenschaftler
- Mitglieder der "Ziegler-Kommission"
- Vertreter der Medien

Es sollte von ca. 300 Teilnehmern insgesamt ausgegangen werden.

Es muß entschieden werden, ob und wenn ja welche Teilnehmer auch aus dem übrigen Europa als Teilnehmer mit Beobachterstatus eingeladen werden sollen.

Eine Entscheidung über den definitiven Teilnehmerkreis muß spätestens Ende Februar 1991 gegeben sein, damit der Ablauf im weiteren und damit der Veranstaltungstermin nicht gefährdet werden.

6. Organisation

- 6.1 Konferenzsprachen: deutsch, englisch und französisch,
(Simultan-Übersetzung)

Anmerkung: eine Simultanübersetzung in alle (9) EG-Sprachen wäre mit immensen Kosten verbunden und würde sich am Veranstaltungsort Landtag auch aus räumlichen Gründen nicht realisieren lassen (72 Übersetzungs-Kombinationen!)

Nach Auskunft entsprechender Agenturen muß die Verpflichtung der Simultan-Dolmetscher innerhalb der nächsten 14 Tage rechtsverbindlich erfolgen.

- 6.2 Die Teilnehmer tragen die Reise- und Hotelkosten selbst. Bei der Vermittlung von Hotelzimmern könnte die Hilfe des Verkehrsamtes der Stadt Düsseldorf in Anspruch genommen werden.
- 6.3 Zur ständigen Betreuung des Projekts ist in der Landtagsverwaltung eine Projektgruppe eingesetzt. Die Staatskanzlei hat ihre Unterstützung zugesagt. Einladungen zu den Sitzungen dieser Projektgruppe erhalten die Fraktionen sowie die Staatskanzlei.

7. Kosten

Siehe gesonderte Vorlage an den Hauptausschuß
(Vorlage 11/327)

8. Entscheidungen

- 8.1 Durchführung der Veranstaltung gemäß des vorgelegten Konzepts in der Zeit vom 26. - 28. Juni 1991
umgehend (mit Rücksicht auf die Verpflichtung von Dolmetschern - vgl. 6.1)
- 8.2 Ausdehnung des Teilnehmerkreises auch auf den nicht EG-Bereich
bis Ende Februar
- 8.3 Entscheidung über die Person eines Hauptredners
umgehend
- 8.4 Fertigstellung einer "Düsseldorfer Erklärung"
28. März 1991

Terminplan für die Vorbereitung des Europa-Forums

Das Europa-Form kann nur dann noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu dem angegebenen Termin (26.-28.06.1991) durchgeführt werden, wenn die Entscheidungen über Termin, Programm, Tagungsort, Einladungsliste und Hauptredner kurzfristig getroffen werden. Nur wenn die im folgenden genannten Termine eingehalten werden, kann eine Durchführung des Europaforums zu dem genannten Termin einigermaßen gewährleistet werden.

Umgehend:

Entscheidung über die Durchführung der Veranstaltung gemäß des vorgelegten Konzepts in der Zeit vom 26.-28.06.1991 (mit Rücksicht auf die Verpflichtung von Dolmetschern).

Anfrage bei allen für die Veranstaltung vorgesehenen Rednern.

19.2.

Gespräch bei der Präsidentin des Landtags unter Beteiligung des Unterausschusses (Vorsitzender und Sprecher) sowie der Staatskanzlei

20./22.2

Information und abschließende Beschlußfassung des Unterausschusses "Europa-Politik und Entwicklungszusammenarbeit"

28.2.

Information und abschließende Beschlußfassung des Hauptausschusses

bis 15.3.

Fertigstellung der Einladungslisten sowie der Einladung; Versand der Einladungen

bis 28.3.

Fertigstellung eines mit der Landesregierung abgestimmten Entwurfs einer "Düsseldorfer Erklärung"; Übersendung an Fraktionen

17.4.

Vorlage des Entwurfs der "Düsseldorfer Erklärung" im Unterausschuß "Europa-Politik"

19.4.

Versand des Entwurfs der "Düsseldorfer Erklärung" (Verteiler:
Einladungsliste)

bis 30.4.

Rücklauf der Anmeldungen

bis 17.5.

Rücklauf der Anregungen der Teilnehmer des Forums zum Entwurf
der "Düsseldorfer Erklärung"

5.6.

Vorlage eines überarbeiteten Entwurfs der "Düsseldorfer Erklä-
rung" zur Sitzung des Unterausschusses

bis 21.6.

Übersetzung und Drucklegung der "Düsseldorfer Erklärung"

26. bis 28.6.

Europa-Forum

Program

Mittwoch, 26. Juni 1991

Anreisetag

18.30 Uhr

*Begrüßung der Teilnehmer durch die Präsidentin des Landtags
Empfang mit Büffet im Landtag*

Donnerstag, 27. Juni 1991

10.00 Uhr

Plenum

- *Grußwort der Landtagspräsidentin*
- *Grußwort des Ministerpräsidenten*
- *Grußwort des Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf*
- *Einführung in die Problematik: N.N.*

(Eine Entscheidung über einen "Hauptredner" muß sehr kurzfristig getroffen werden, wenn die Bemühungen, diesen Redner für den vorgeschlagenen Termin zu gewinnen, noch zum Erfolg führen sollen.)

Mittagspause

(Mittagessen im Restaurant des Landtags auf Einladung der Präsidentin des Landtags)

14.00 bis

17.00 Uhr

Arbeitskreise (Vorsitzende und Geschäftsführer benennen)

- A. *Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips*
- B. *Ausgestaltung eines europäischen Regionalorgans*
- C. *Fortentwicklung interregionaler Kooperationen*

19.00 Uhr **Abendessen**
gegeben von Frau Landtagspräsidentin und Herrn Ministerpräsi-
denten mit musikalischer Umrahmung; z.B. im Schloß Benrath

Freitag, 28. Juni 1991

Plenum

9.00 Uhr **Berichte aus den Arbeitskreisen**

10.00 Uhr **Diskussion**
Verabschiedung einer "Düsseldorfer Erklärung"

Schlußworte

- **eines Vertreters der ausländischen Parlamentarier**
- **der Präsidentin des Landtags**

Pressekonferenz

Abreise